

Eröffnungsrede / Opening Speech

Birgit Fischer

**Ministerin für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes
Nordrhein-Westfalen**

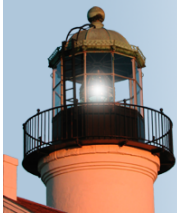
**Minister for Health, Social Affairs, Women and Family of the State of
North Rhine-Westphalia**





Name	Birgit Fischer
Gegenwärtige Position / Current Position	Ministerin für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen
Biographie / Biography	Geboren am 04.10.1953 in Bochum, verheiratet, ein Kind
	Ausbildung
1972	Abitur Hildegardis-Schule Bochum
1972-1977	Studium der Erziehungswissenschaften Westfälische Wilhelms-Universität Münster Abschluss als Dipl.-Pädagogin
	Beruflicher Werdegang
1977 - 1980	Pädagogische Leiterin im Ev. Bildungswerk
1980 - 1986	Fachbereichsleiterin der Volkshochschule
1986 - 1990	Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Bochum
1990 - 2000	Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
seit 2001	
1991 - 1998	Parlamentarische Geschäftsführerin SPD-Landtagsfraktion NRW
Seit dem 9. Juni 1998	Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit
Seit dem 12. Nov. 2002	Ministerin für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie
	Politischer Werdegang

1973	Mitglied der ÖTV
1981	Mitglied der SPD
1982 - 1988	stellv. Unterbezirkvorsitzende Märkischer Kreis
1985 - 1988	AsF-Unterbezirkvorsitzende Märkischer Kreis
1986 - 1992	Mitglied im AsF-Landesvorstand NRW
1986 - 1990	Parteirat - ordentliches Mitglied
1991 - 1998	Parteirat - beratendes Mitglied
1987 - 1997	stellv. Bezirksausschussvorsitzende Bezirk WW
1997	Bezirksausschussvorsitzende Bezirk WW
1989 - 1999	Mitglied im geschäftsführenden Unterbezirks- vorstand Bochum
1990 - 1998	Vorsitzende des Stadtbezirks Bochum-Mitte
1997 - 1998	stellv. Mitglied im WDR-Rundfunkrat
2000 - 2001	stellv. Bezirksvorsitzende Bezirk WW
2001	Mitglied des Parteivorstands
2001	stellv. Landesvorsitzende NRW



SILVER ECONOMY IN EUROPE 2005

New Products and Services.
European State-of-the-art and Perspectives.

www.silvereconomy-europe.org

Rede

der Ministerin für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes
Nordrhein-Westfalen

Birgit Fischer

aus Anlass
der

1. Europäischen Konferenz „Seniorenwirtschaft in Europa 2005 –
Neue Produkte und Dienstleistungen.
2. Status-quo und Perspektiven in Europa“

„Seniorenwirtschaft – ein europäisch notwendiges Handlungsfeld“

am 17. Februar 2005,

zur Eröffnung von 9.30 bis 11 Uhr im Plenarsaal des Alten Wasserwerkes
Bonn

Es gilt das gesprochene Wort

I.

(Begrüßung und thematische Einführung – Die Chancen des Alters)

Sehr geehrter Minister Aalderink,

sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin der Stadt Bonn, Frau Bärbel Dieckmann,

sehr geehrter Herr Generaldirektor Prof. Gretschmann,

sehr geehrter Herr Generaldirektor Vignon,

sehr geehrter Herr Generalsekretär Dr. Stahl,

sehr geehrter Herr Professor Schulhoff,

sehr geehrte Damen und Herren, von denen ich eigentlich viele namentlich nennen müsste,

ich freue mich, dass wir uns heute und morgen zur Ersten Europäischen Konferenz zum Thema Seniorenwirtschaft hier im Internationalen Kongresszentrum Bundeshaus Bonn treffen.

Diese Räumlichkeiten waren über viele Jahrzehnte als Sitz des Deutschen Bundestages der Ort politischer Zukunftsentscheidungen für Deutschland. Heute sind sie als internationales Kongresszentrum genau der richtige Ort für ein zentrales Zukunftsthema für Europa, mit dem wir uns in den nächsten beiden Tagen befassen wollen.

Unsere Ausgangssituation ist der demographische Wandel. Die Gesellschaft des langen Lebens, hat in ihren Auswirkungen eine Dimension wie die Globalisierung. Sie umfasst sowohl die sozialen, kulturellen, politischen als auch die ökonomischen Bereiche.

Dabei ist die Alterung der Gesellschaft ein Phänomen, das alle Industrienationen gleichermaßen betrifft. Alle Bevölkerungsprognosen sagen schon lange einen wachsenden Anstieg der Lebenserwartung und einen wachsenden Anteil älterer Menschen voraus, besonders der Hochbetagten.

Die errechneten Durchschnittswerte dürfen uns nicht darüber hinweg täuschen, dass in einigen Städten und Gemeinden und oft im ländlichen Raum schon heute ältere Menschen das Bild dominieren und zum Teil mehr 70-Jährige als 7-Jährige dort leben.

Aber: Die gesellschaftliche Realität hat sich in den „Gesellschaften des langen Lebens“ in den letzten Jahrzehnten erheblich zum Positiven verändert. Ältere Menschen sind

- physisch und psychisch weit leistungsfähiger, selbstbewusster und informierter als es die Vergleichsgruppe vor 30 Jahren war.
- wirtschaftlich eine außerordentlich potente Bevölkerungsgruppe: Viele, die heute aus dem Erwerbsleben ausscheiden, haben gut verdient und viel gespart. Sie haben mehr Zeit als früher, das

Geld auch auszugeben. Und sie wollen das auch, wie uns in Deutschland die Marktforschungen mit dem Wertewandel in der älteren Generation belegen. Im Jahr 2002 wollte sich in Deutschland die Hälfte der über 50-jährigen „mal etwas gönnen“, -

10 Jahren zuvor waren es nur 27 Prozent (GfK-Marktforschung Erhebung über Einstellungen und Konsumwünsche der 50 bis 79-jährigen vom 8. Oktober 2002). Und: Die heute über 60-jährigen verfügen in Deutschland über ein Nettovermögen von schätzungsweise 2 Billionen Euro. Dieser Trend ist in allen europäischen Ländern ähnlich.

Dennoch wurden in den öffentlichen Diskussionen in den letzten Jahren vor allem die „sozialpolitischen Risiken der Alterung der Gesellschaften“ betont. Sich damit zu befassen ist notwendig. Das alleine zu tun, greift angesichts der gesellschaftlichen Realität jedoch viel zu kurz.

Wir müssen unser Bewusstsein und Handeln an das veränderte Sein anpassen und die kulturell-gesellschaftlichen, die politischen und die ökonomischen „Chancen des Alters“ und die Chancen der „Gesellschaft des langen Lebens“ betonen.

Das ist eine Aufgabe für alle politischen Ebenen. Im Zentrum unserer Bemühungen steht die Verbesserung der Lebensqualität älterer Menschen,

- weil die ältere Generation maßgeblich zum Wohlstand unserer Gesellschaft in Europa beigetragen hat
- und weil wir für soziale und humanitäre Anliegen gesellschaftliche Möglichkeiten in einer Bürgergesellschaft nutzbar machen wollen.

1. Die kulturell-gesellschaftlichen Chancen bestehen in der Anerkennung der Tatsache, dass Alter heute einen eigenständigen Lebensabschnitt beschreibt, der von den meisten Älteren vital, aktiv und engagiert erlebt wird.

Es ist an der Zeit, dass sich die Gesellschaft damit auseinandersetzt, wie sie diesen Lebensabschnitt kulturell wertschätzt und ältere Menschen als Träger kultureller Fähigkeiten und Bedürfnisse anerkennt. Dazu gehört auch das Interesse älterer Menschen, sich bürgerschaftlich zu engagieren. Sie sind so entscheidende Träger demokratischer Werte.

2. Die ökonomischen Chancen bestehen darin, ältere Menschen als Zielgruppe wirtschaftlichen Handels wahrzunehmen und gezielt Produkte und Dienstleistungen für sie anzubieten. Was wir brauchen ist eine ökonomische Innovationsoffensive, denn Ältere

- haben als wirtschaftlich Handelnde Wünsche und Forderungen;
- wollen Produkte, die ihren Interessen, Fähigkeiten und Kompetenzen gerecht werden und ihr Wohlbefinden stärken,
- erwarten mehr und vor allem einen guten Service.

Die Nachfrage älterer Menschen wird aber mit dem bestehenden Angebot noch nicht zufrieden gestellt. Die Aufmerksamkeit genießen fast ausschließlich junge Konsumenten. Dabei geben in Deutschland besonders die Haushalte jüngerer Rentner vergleichsweise mehr Geld für Freizeit, Bildung, Verkehr und Kommunikation aus als die jüngeren erwerbstätigen Haushalte.

Damit kein Missverständnis entsteht: es gibt immer noch zu viele ältere Menschen, denen es finanziell nicht gut geht und das sind vor allem allein stehende Frauen.

Aber: es ist nicht mehr typisch für das Alter insgesamt, dass es von Armut gekennzeichnet ist.

Bei diesen ökonomischen Chancen setzt die Seniorenwirtschaft an. Sie ist in NRW seit 2002 ein eigenständiges Handlungsfeld und verbindet gesellschaftspolitische und sozialen Notwendigkeiten mit ökonomischen Zielen. Sie will

- die Lebensqualität älterer Menschen durch neue Produkte und Dienstleistungen verbessern und durch ein verbessertes Angebot die Kaufkraft der Älteren mobilisieren;
- auf diesem Weg Arbeitsplätze in Wachstumsbranchen schaffen und sichern – für NRW rechnen wir mit einem plus von 100.000 Arbeitsplätzen in den nächsten 10 Jahren;
- und die Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Im europäischen Binnenmarkt kann dies nur zum wechselseitigen Vorteil führen.

In NRW sind die Landesregierung und die Wirtschafts- und Sozialorganisationen Partner - eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg der Seniorenwirtschaft. Die heutige Konferenz haben daher neben der Landesregierung die Vereinigung der Industrie und Handelskammern, der Nordrhein-westfälische Handwerkstag und die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege gemeinsam vorbereitet. Dafür bedanke ich mich ausdrücklich bei allen Beteiligten und ich bitte Sie, Herr Prof. Schulhoff, den Dank an alle Beteiligten weiterzugeben.

Viele Unternehmen, Handwerker, sowie die Wohlfahrtsverbände haben in den zentralen Handlungsfeldern der Konferenz neue, innovative Produkte entwickelt und neue Dienstleistungen angeboten. Das gelingt besonders gut dort, wo es schon eine enge Beziehung zwischen den älteren Konsumenten und den Anbietern gibt – im Tourismus, im Wohnbereich, im Handwerk oder bei den sozialen Dienste. Wir werden dies in den nächsten beiden Tagen an einigen Beispiele sehen.

Deutlich ist aber auch geworden, dass

- diese innovativen Produkte nahezu alle mit der Durchsetzung auf dem Markt zu kämpfen haben, denn: seniorenorientiertes Marketing muss sich heute noch gegen den sogenannten „Jugendwahn“ in der Werbung durchsetzen. Seniorenorientiertes Design und Marketing wird aber zunehmend zu einem wichtigen Standortfaktor. Mir geht es dabei um das, was man mit dem Begriff „de-

sign for all“ umschreibt, nämlich – verkürzt gesagt – das, was älteren Menschen nützt, nützt allen Altersgruppen.

- die Vermarktungsketten im europäischen Binnenmarkt nicht an den Grenzen einer Region beginnen oder halt machen. Industrie und Handel, Handwerk und die großen Dienstleister brauchen gemeinsame Rahmenbedingungen.

Wir müssen daher die politischen Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass

- in Europa die Seniorenwirtschaft in der Lisabonner Strategie explizit zu den Aufgabefeldern gehört, die die Wettbewerbsfähigkeit Europas stärkt,
- in der Seniorenwirtschaft neue Formen der regionalen Zusammenarbeit geschaffen werden, weil erfolgreiche regionale Seniorenwirtschaft eine erfolgreiche europäische Perspektive braucht, und dass:
 - im Nachdenken und revidieren des vorherrschenden Altersbildes
 - im Informationsaustausch
 - in konkreten politischen und wirtschaftlichen Kooperationsformen
 - sowie in neuen Rahmenbedingungen zur Unterstützung einer europäischen innovativen Seniorenwirtschaft mit dem Ziel der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas.

Diese Idee einer europäischen Seniorenwirtschaft wurde daher Ende 2003 geboren als wir die nordrhein-westfälische Landesinitiative Seniorenwirtschaft in Brüssel einem größeren Publikum aus den Regionen Europas vorstellten und wir gebeten wurden, ein europäisches Netzwerk zur Seniorenwirtschaft aufzubauen.

II.

(Danksagungen)

Ich möchte mich an dieser Stelle bei Herrn Bundeskanzler Schröder für seine Unterstützung bedanken, der gern zu unserer Konferenz gekommen wäre. In seinem Grußwort, das Ihnen schriftlich vorliegt, betont er – und ich darf ihn zitieren: „Im demographischen Wandel liegen auch große Chancen, die wir nutzen müssen.“

Das Land Nordrhein-Westfalen hat das erkannt. Mit (der heutigen) Konferenz ... ist das Land Vorreiter für einen innovativen Umgang mit dem demographischen Wandel ... auch über die Grenzen Deutschlands hinaus.“

Möglich wurde diese Konferenz durch die tatkräftige Unterstützung von Sponsoren. Mein Dank gilt daher der Metro AG, der TryStyle Holding GmbH & Co. KG, der AntennaTeleAlarm GmbH, der Sennheiser electronic GmbH & Co. KG, der Attendo Systems GmbH, der HTS Internati-

onal GmbH, der Feierabend Online Dienste für Senioren AG und dem Meyer-Hentschel Institut sowie der Dienstleistungsgesellschaft für Informatik mbH, die über ihre Aktivitäten in der Seniorenwirtschaft in der Ausstellung im Eingangsbereich und zum Teil in den einzelnen Foren berichten.

Mein Dank geht auch an die Vertreter der europäischen Regionen, die in den letzten 12 Monaten an der Vorbereitung unserer Konferenz tatkräftig mitgewirkt haben. Stellvertretend nenne ich an dieser Stelle Andalusien, Extremadura, Flandern, Heraklion, Islington, Kent, Limburg, Mid-East Region (Irland), Midland Region (Irland), Piemonte, Schottland, Uusimaa (Helsinki), West Midlands (England), Sachsen-Anhalt und Gelderland.

Einige von ihnen wirken in den nächsten beiden Tagen aktiv an der Konferenz als Moderatoren, Berichterstatter oder Redner mit. Das verdeutlicht und stärkt die interregionale Zusammenarbeit in der Seniorenwirtschaft.

Einige haben uns das Interesse ihrer Region übermittelt, mit uns regionenübergreifend und langfristig in der Seniorenwirtschaft zusammenzuarbeiten – dies wollen wir gern tun.

Mein besonderer Dank gilt dem Ministerrat, der Europäischen Kommission, und dem Ausschuss der Regionen für ihre Unterstützung bei der Vorbereitung und der Durchführung der Konferenz. Ich habe die Erfahrung machen dürfen, dass sie

- unser positives Denken über die Chancen des demographischen Wandels
- und unsere Initiative, diese Idee in einer Kooperation mehrerer Regionen umzusetzen,

unterstützen.

Ich freue mich, dass Sie Herr Prof. Gretschmann, Herr Vignon und Herr Dr. Stahl heute an unserer Konferenz zur Seniorenwirtschaft teilnehmen und ein Grußwort zu uns sprechen.

III.

(Ziele der Konferenz)

Ich bin zuversichtlich, dass sich die europäische Seniorenwirtschaft in den wichtigsten ökonomischen Handlungsfeldern dem weltweiten Wettbewerb in einer alternden Gesellschaft stellen kann. Dabei geht es nicht darum, einzelne Produkte zu fördern – das ist und bleibt Sache der Unternehmen. Wir brauchen aber ein neues Denken, das mit ihnen gemeinsam die Potentiale Älterer betont und das neue Leitbild in unseren Gesellschaft verbreitet - im Sinne der älteren Menschen und im Sinne des Wirtschaftsstandortes Europas.

Ich freue mich über die große Resonanz zu dieser Veranstaltung und wünsche uns allen eine erfolgreiche Tagung.

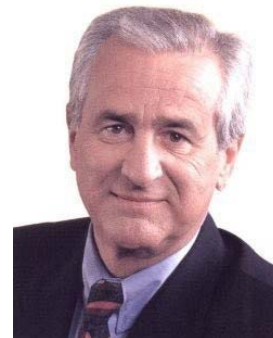
Seniorenwirtschaft – Ein Markt in Aufbruchstim- mung

Prof. Wolfgang Schulhoff

Präsident der Handwerkskammer Düsseldorf, Vorsitzender des NWHT

President of the Handwerkskammer Düsseldorf, President of NWHT





Name	Prof. Wolfgang Schulhoff
Gegenwärtige Position	Präsident Handwerkskammer Düsseldorf Vorsitzender des Nordrhein- Westfälischen Handwerkstages (NWHT)
Biographie	Geboren 1939
1960	Gesellenprüfung als Installateur
1965	Diplom-Volkswirt
1970	Geschäftsführender Gesellschafter der Dipl.-Ing. G. Schulhoff GmbH & Co KG sowie der Schulhoff Ingenieur Planungs GmbH
1983 – 2002	Mitglied des Deutschen Bundestages
1994	Honorarprofessor für Volkswirtschafts- lehre an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Mittweida
2000	Vorsitzender des Kuratoriums der Hochschule für Technik und Wirtschaft Mittweida
2003	Präsident der Handwerkskammer Düs- seldorf
2005	Vorsitzender des Nordrhein- Westfälischen Handwerkstages

Rede von Herrn Prof. Schulhoff anlässlich der 1. Konferenz Seniorenwirtschaft in Europa am 17. Februar 2005

Anrede,

im Namen der nordrhein-westfälischen Wirtschaft begrüße ich Sie sehr herzlich hier im alten Wasserwerk in Bonn. Einen Ort, den ich noch aus meiner Zeit als Abgeordneter des Deutschen Bundestages in sehr guter Erinnerung habe.

Schon damals zeichneten sich die fundamentalen Veränderungen in der Altersstruktur unserer Gesellschaft ab. Wir haben das hier in diesem Plenum diskutiert. Allerdings muss ich heute auch sehr selbstkritisch zugeben, dass wir uns zu spät mit dem notwendigen Nachdruck mit den Folgen des demographischen Wandels beschäftigt haben. Die Folgen dieses Wandels waren bekannt, aber keiner wollte sie wirklich wahrnehmen. Die Konsequenzen spüren wir heute sehr schmerzhaft.

Damit spreche ich die gesamte Breite des Themas an. Denn wer über das Alter redet, muss auch an die Jugend denken. An die Nachkommen also, ohne die auf Dauer kein Wirtschaften möglich ist. Ich weiß, dass ist heute nicht direkt unser Thema, aber wir müssen diese Zusammenhänge trotzdem im Auge behalten.

Eine alternde Gesellschaft ohne gesunde Basis ist nicht lebensfähig und kann sich dann auch keine Seniorenwirtschaft leisten.

Der demographische Wandel wird die europäischen Gesellschaften ohne Zweifel verändern. Dieser Tatsache müssen wir ins Auge schauen. Genauso richtig ist aber auch, dass dieser Prozess nicht allein aus Gefahren und Belastungen besteht. Es geht auch um Chancen. Chancen auf Zukunftsmärkte mit großem Wachstumspotential.

Die Seniorenwirtschaft ist ein solcher Markt. Sie will nicht mehr und nicht weniger als eine seniorengerechte Ausgestaltung des gesamten persönlichen Lebensraums. Es geht um mehr Lebensqualität und eine sichere Versorgung für die ältere Generation.

In vielen Fällen braucht das Rad hierfür nicht neu erfunden werden. Viele Leistungen werden bereits heute angeboten. Neu ist allerdings der Ansatz, diese Leistungen endlich unter einem ganzheitlichen Blickwinkel zu betrachten.

Seniorenwirtschaft funktioniert deshalb nur dann, wenn die einzelnen Wirtschaftszweige miteinander vernetzt werden. Wie das aussehen kann, will ich am Beispiel Tourismus aufzeigen.

Hotels für Senioren brauchen barrierefreie Zugänge sowie barrierefreie Hotelzimmer mit einem komfortablen Zuschnitt. Die touristischen Angebote selbst müssen berücksichtigen, dass die Kunden weniger mobil sind und weitreichende Unterstützung benötigen. Das bedeutet ganz konkret:

- gute Beleuchtung und Beschilderung der touristischen Unterkünfte,
- eine unauffällige und freundliche Serviceleistung,
- gute Informationen und Hinweise über geplante Aktivitäten
- und schließlich weitreichende Transportmöglichkeiten.

Schon dieses Beispiel zeigt, dass in Sachen Seniorenwirtschaft viele Rädchen ineinandergreifen müssen. So ist eine seniorengerechte Anpassung von Hotels ohne handwerkliche Leistungen nicht möglich. Barrierefreie Hotels sind zugleich auf passende Leistungen des Personentransportgewerbes angewiesen. Ebenso müssen die touristischen Ausflugsziele selber - Museen, Wandermöglichkeiten und öffentliche Bäder - in hinreichendem Maße an die Bedürfnisse älterer Menschen angepasst werden.

Eine intensive Zusammenarbeit zwischen den Wirtschaftszweigen der Industrie, der Wohnungswirtschaft und des Handwerks ist also unverzichtbar.

Ebenso unverzichtbar sind Angebote aus einer Hand. Ältere Kunden wollen nur einen Ansprechpartner, wenn sie Umbaumaßnahmen planen oder neue Dienstleistungen in Anspruch nehmen möchten. Diesen Wunsch muss jeder Anbieter berücksichtigen.

Kompetenzen müssen über bestehende Berufs- oder Branchenzuschnitte hinweg gebündelt und möglichst geschlossen angeboten werden. Im Idealfall erfolgt dies in Kooperationen. Existieren diese nicht, so sind zumindest intensive Abstimmungsprozesse erforderlich.

Abstimmen müssen sich kommerzielle Anbieter aber auch mit den institutionalisierten Beratungsdienstleistern. Deren Beratung steht oftmals vor der Auswahl eines geeigneten Produktes oder einer Dienstleistung. Kompetente und seniorengerechte Ratschläge können diese Beratungsstellen potentiellen Kunden aber nur dann geben, wenn sie die verschiedenen Angebote der Wirtschaft genau kennen.

Umgekehrt profitieren aber auch die Anbieter von einem Feedback aus dem Beratungsgeschäft. Praxiserfahrungen können helfen, Angebote und Produkte weiter zu optimieren. Ein enger Kontakt und eine gute Kommunikation sind deshalb für beide Seiten unverzichtbar.

Gerade in den vergangenen Jahren wurden in Sachen Seniorenwirtschaft große Fortschritte gemacht. In der gewerblichen Wirtschaft gibt es mittlerweile eine Vielzahl von Beispielen, wie eine erfolgreiche Dienstleistungs- und Produktentwicklung aussehen kann. Es gibt zum Beispiel sehr weit entwickelte Handwerkskooperationen mit eigenen Demonstrationsobjekten, die gemeinsam mit öffentlichen Wohnberatungen und Pflegediensten Beratungsleistungen anbieten.

Wer Seniorenwirtschaft derart umfassend denkt, hat auch gute wirtschaftliche Perspektiven. Der Bereich Seniorenwirtschaft hat ohne Zweifel Erfolgspotential. Ein Potential, das allerdings noch besser ausgeschöpft werden könnte, wenn es gelänge:

- den Markt transparenter zu machen,
- neue Produkte und Dienstleistungen besser zu vermarkten
- und den Informationsaustausch zwischen den Branchen zu fördern, um zu gemeinsamen Lösungsansätze zu kommen.

Gerade kleine und mittlere Unternehmen brauchen hierbei Unterstützung durch ihre Kammern und Berufsverbände. Gefragt sind gezielte Beratungsangebote, um den Unternehmen bei der Markterschließung zu helfen.

Aufklärungsbedarf über die Potentiale der Seniorenwirtschaft besteht aber auch auf Seiten der Verbraucher. Gezielte Informationskampagnen, die sich gerade an ältere Verbraucher richten, sind deshalb unverzichtbar.

Ein umfassendes Verständnis von Seniorenwirtschaft muss schließlich auch Europa fest in den Blick nehmen. Für unsere Betriebe ist es wichtig, dass sie sich im europäischen Maßstab austauschen. Nur dann können sie ihre Angebote erfolgreich exportieren. Dies gilt für Handwerk und Industrie gleichermaßen.

Im Bereich der technischen Gebäudeausrüstung ist die internationale Zusammenarbeit schon heute weit entwickelt. Die europäischen Normenausschüsse greifen natürlich auch im Bereich der Seniorenwirtschaft. Gleiches gilt für die

internationale Zusammenarbeit der Herstellerverbände. Sie stellt die wechselseitige Kenntnis über den technischen Entwicklungsstand sicher.

Fraglich bleibt allerdings weiterhin, wie weit der Informationsaustausch zwischen den verschiedenen Branchen und Wirtschaftszweigen funktioniert.

Für diese und viele andere Fragen stellt die heutige Konferenz ein ausgezeichnetes Diskussionsforum dar. Im Idealfall werden wir hier und heute einen intensiven Ideen- und Erfahrungsaustausch anstoßen, von dem am Ende alle profitieren.

Meine Damen und Herren, für Senioren ist das Handwerk erster Ansprechpartner, wenn es um die Realisierung ganz individueller Kundenwünsche geht. Lokal verwurzelt und stark in der Beratung sind unsere Handwerksbetriebe ein verlässlicher Partner für alle Umbau- und Komfortinvestitionen im persönlichen Lebensumfeld.

Lassen Sie mich an einigen ganz wenigen Beispielen aufzeigen, welche Anpassungen unsere Handwerksbetriebe vornehmen können.

Die Bau- und Ausbaugewerke sind zum Beispiel der richtige Ansprechpartner in Sachen Raumzuschnitt. Durch das Entfernen bzw. Versetzen von Innenwänden lässt sich ein Mehr an Bewegungsfreiheit erreichen und somit die Lebensqualität steigern.

Oder nehmen Sie das Holzgewerbe, das zum Beispiel Paternosterschränke anbietet, die auf Knopfdruck Schubladen in jede beliebige Höhe heben.

Dasselbe gilt für den Rolladen- und Jalousiebau, wenn es um automatisierte Rolladen- und Jalousiefunktionen geht oder für den SHK-Bereich, der bodengleiche Duschen und höhenverstellbare Toiletten anbietet.

Heute noch gar nicht absehbar sind schließlich mögliche Erleichterungen durch die rasanten Entwicklungen im Bereich der Steuerungstechnik.

Sie sehen, meine Damen und Herren, dass sich hier ein Feld mit nahezu unbegrenzten Möglichkeiten für viele handwerkliche Gewerke auftut. Für unsere Unternehmen ist das eine gute Sache und ein überaus interessanter neuer Markt. Wir haben das erkannt und nutzen die Gelegenheit, gerade in schlechten Zeiten neue Betätigungsfelder für unsere Betriebe zu entdecken.

Dieses positive Potential hat auch die Landesregierung frühzeitig erkannt. Im nordrhein-westfälischen Bündnis für Arbeit haben wir deshalb frühzeitig entsprechende Aktivitäten verabredet und sehr kooperativ zusammengearbeitet, um interessierten Betrieben konkrete Hilfestellungen anbieten zu können. Für diese gute Kooperation, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, möchte ich mich bei dieser Gelegenheit herzlich bedanken.

Auch wir als Handwerksorganisation unterstützen unsere Betriebe bei der Erschließung dieser neuen Märkte. Mit der Gründung des Handwerkszentrums „*Wohnen im Alter*“ hat die Handwerkskammer Düsseldorf hier in Nordrhein-Westfalen eine erste Arbeits- und Kommunikationsplattform für alle Fragen rund um die Seniorenwirtschaft geschaffen. Das Zentrum unterstützt den Austausch über bestehende Vorhaben und Aktivitäten und führt die vorhandenen Kooperationsansätze zusammen. Wir wollen aber mehr.

Wir wollen

- eine bessere Beratung unserer Betriebe,
- eine Vernetzung aller interessierten Akteure in diesem neuen Marktfeld,
- einen Austausch mit den Beratern der Handwerksorganisation,
- eine Vereinheitlichung von Rahmenlehrplänen für die Weiterbildung,
- Kundeninformationen entwickeln und schließlich
- breite Informationsaktivitäten auf Tagungen und Messen.

Wir haben uns also viel vorgenommen. Entstehen soll letztlich ein Netzwerk, das Basis für eine „strategische Kooperation des Handwerks im Bereich Seniorenwirtschaft“ sein kann.

Sie sehen, meine Damen und Herren, die Seniorenwirtschaft ist bei uns längst ein Thema mit hoher Priorität. Wir freuen uns deshalb darauf, dass wir unsere Konzepte und Erfahrungen heute mit Ihnen austauschen können.

Neue Ideen und Lösungsansätze werden den Betrieben helfen, noch passgenauere Angebote zu entwickeln und ihre Produkte noch besser am Markt zu platzieren. Die heutige Konferenz hat sich schon gelohnt, wenn uns dies in einen oder anderen Fall gelingt.

Ich wünsche mir deshalb, dass Sie in den kommenden zwei Tagen viele Anregungen für noch bessere Angebote der Wirtschaft erarbeiten und zugleich Möglichkeiten eines europaweiten Austauschs aufzeigen.

Das zu gründende europäische Seniorenwirtschaft-Netzwerk kann hierfür ein Anfang sein. Ich hoffe deshalb, dass der Stein, der heute ins Wasser geworfen wird, weite Kreise zieht.

Meine Damen und Herren, auch wenn noch viele Fragen zu klären sind, sehe ich uns auf einem richtigen Weg oder, wie es Wolfgang Schäuble einmal treffend formuliert hat: „Ein kleiner Schritt in die richtige Richtung ist mir allemal lieber als ein energischer Stillstand.“ In diesem Sinne wünsche ich der Konferenz einen erfolgreichen Verlauf und Ihnen allen einen interessanten und anregenden Gedankenaustausch.

Eröffnungsrede / Opening Speech

Jérôme Vignon

Europäische Kommission, Direktor GD Beschäftigung und Soziales
Commission of the European Communities, Director DG Employment and
Social Affairs





Name	Jérôme Vignon
Gegenwärtige Position / Current Position	Director DG Employment and Social Affairs
Biographie / Biography	<p>Jérôme Vignon arrived in the Commission in 1985, with an economic background. Initially a member of Jacques Delors Cabinet, he became Director of the "Forward Studies Unit", with the task of collecting and disseminating ideas on the future of the European integration process.</p> <p>His participation in two white papers of the Commission: in 1993 on "Employment, Competitiveness and Growth", then in 2002 on "European Governance" have prepared him for his present mission as Director for Social Protection and Social Inclusion within DG Employment and Social Affairs.</p>

**Silver Economy in Europe –
New Products and Services, European State-of the Art
and Perspectives -**

Bonn, 17. Februar 2005

Eröffnungsrede

Es gilt das gesprochene Wort!

Jérôme Vignon,
Direktor GD Beschäftigung, Soziale
Angelegenheiten und Chancengleichheit,
Europäische Kommission, Brüssel

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Steinbrück,
verehrte Frau Ministerin Fischer,
sehr geehrter Herr Gretschmann,
sehr geehrter Herr Stahl,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte zunächst vor allem die heute hier versammelten Mitglieder des künftigen Netzwerkes Seniorenwirtschaft der Europäischen Regionen begrüßen. An sich ist es schon ein europäisches Ereignis, dass sich eine so große Anzahl von Regionen anschickt, zusammenzuarbeiten.

Der Grund ist ein Bewusstsein gemeinsamer Chancen und Interessen, die Lebensqualität der älteren Bevölkerung zu verbessern, sowie wirtschaftliches Wachstum, Beschäftigung und Arbeitsplätze zu anzuregen.

Ich danke Ihnen daher für Ihre Einladung, zur Eröffnung der Konferenz zur Seniorenwirtschaft in Europa für die Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit einige Worte der Begrüßung sprechen zu können.

Nachdem bereits die Auftakt-Konferenz am 9. Dezember 2003 in Brüssel, zu der das Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen eingeladen hatte, als großer Erfolg anzusehen war, weil Ihre Idee der Gründung eines europaweiten Netzwerkes auf eine so große Resonanz stieß, ist es Ihrer Leistung und Ihrem Engagement zu verdanken, dass diese heute und morgen in die Tat umgesetzt werden kann.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat einen wichtigen Punkt erneut in das öffentliche Bewusstsein gerufen: Die demografische Alterung ist nicht allein Last, sondern beinhaltet auch vielfältige Chancen!

Die Alterung verkörpert die Früchte vieler Jahrzehnte des Erfolges eines europäischen Sozialmodells: Hierzu gehört die kontinuierliche Verbesserung unserer Lebensbedingungen, die zu einer höheren Lebenserwartung geführt hat.

Die Verlängerung der Lebenserwartung bei der Geburt auf über 80 Jahre für Frauen und auf über 75 Jahre bei Männern ist ein außergewöhnlicher Erfolg! Alterung sollte deshalb vor allem als eine Errungenschaft angesehen werden.

Sie ist gleichwohl eine unausweichliche Strukturveränderung, der wir uns stellen müssen, und deren ökonomischen und sozialen Konsequenzen bewältigt werden müssen.

Die Europäische Union hat in der neuen Sozialpolitischen Agenda 2005-2010 ein soziales Europa: Arbeitsplätze und neue Chancen für alle“ in den Mittelpunkt gestellt. Die sozialpolitische Agenda stellt die Förderung der sozialen Dimension nach der Halbzeitüberprüfung der Lissabonner Strategie in den Zusammenhang mit der nachhaltigen Entwicklung Europas auf die Grundlage von Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und sozialen Fortschritt.

Um die Strukturveränderung der Alterung zu bewältigen, brauchen wir neue Chancen, die ergriffen werden müssen. Die erste ist aktives Altern, und die zweite Chance ist gesundes Altern. Es ist Aufgabe der öffentlich Verantwortlichen, hierfür geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen.

Vor allem trägt die Europäische Union trägt zu ihrer Verwirklichung durch Europäische Rahmenbedingungen, Normen und Richtlinien, bei.

Wir alle werden die Chancen durch aktives Altern und durch gesundes Altern nur verwirklichen können, wenn wir auf zwei Synergien aufbauen:

Erstens: In einer Win-Win-Situation ist es den älteren Menschen zu ermöglichen, dass sie ein längeres Arbeitsleben führen dürfen. Das hat viele positive Konsequenzen. Als Voraussetzung dazu müssen die notwendigen Trainings- und Arbeitsbedingungen geschaffen werden, die ein lebenslanges Lernen ermöglichen, und es müssen altersgemäße Arbeitsplätze eingerichtet werden.

Die Europäische Union kann zum aktiven Altern durch Richtlinien zur Gesundheit bei der Arbeit beitragen.

Zweitens: Synergien, die aus der Verlängerung der gesunden Lebensbedingungen entstehen. Dazu gehören auch Erkenntnisse und Innovationen, die Träger neuer Produkte und Dienstleistungen

werden können. Damit das geschehen kann, wollen wir eine gesunde Lebenserwartung ermöglichen, d.h. Normen entwickeln, die es ermöglichen, dass die Menschen so lange wie möglich ein gesundes Leben führen können.

Wie groß ist die Bedeutung der Alterung, die im Mittelpunkt des heutigen Kongresses steht?

Die Europäische Kommission wird demnächst ein Grünbuch zum demographischen Wandel herausgeben, das wichtige Erkenntnisse und Analysen enthalten wird. Hierzu gehören auch neue Bevölkerungsprojektionen von EUROSTAT aus dem Dezember 2004, von denen ich Ihnen einige nennen möchte:

Danach wird die Zahl der älteren und alten Menschen europaweit ganz erheblich zunehmen und einen immer größeren Anteil an der Gesamtbevölkerung ausmachen. Infolge von Kohorteneffekten und längerer Lebenserwartung wird ihre Gesamtzahl bis 2050 kontinuierlich ansteigen, von 76,6 Millionen in 2005 auf 136,0 Millionen. Das ist ein Anstieg um 59,5 Millionen Menschen oder 76,4 %. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung steigt auf 30,3 Prozent.

Der Anstieg in der Altersgruppe von 65-79 Jahren fällt mit 44,1 % vergleichsweise niedriger aus. Ihre Zahl steigt um 25,5 Millionen Menschen und erreicht einen Anteil an der Gesamtbevölkerung von 18,5% in 2050.

Die Zunahme der Anzahl der alten Menschen über 80 ist besonders hoch. Sie steigt von 18,9 Millionen um 34,0 Millionen Menschen. Das ist eine Steigerungsrate von 180,5 % von 2005 bis 2050. Da ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung mit 4,1% vergleichsweise gering ist, ist ihr Anstieg auf 11,8 % in 2050 vielleicht etwas weniger dramatisch einzuordnen.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Dank des Ausbaus der sozialen Sicherungssysteme hat die Situation der Altersarmut, die in den fünfziger Jahren noch sehr

verbreitet war, ganz überwiegend ein Ende gefunden. Jedoch sind dem weiteren Ausbau der sozialen Sicherungssysteme zunehmend Grenzen gesetzt.

Die Erarbeitung der Lasten für die steigende Zahl alter Menschen wird nicht durch eine Erhöhung der aktiven Erwerbsbevölkerung erleichtert. Lediglich bis 2020 findet noch ein - sich immer mehr reduzierender- Anstieg der Zahl der Erwerbsfähigen statt. Von 2025 an liegt ihre Zahl -zunehmend- unter dem Basiswert von 2005. Im Jahre 2030 sinkt die Zahl der Erwerbsfähigen um 11,6 Millionen oder -4,6% und im Jahre 2050 um 40,3 Millionen Menschen oder -16,1% gegenüber dem Jahr 2005. Zugleich verschiebt sich die Altersstruktur auch innerhalb der Erwerbsbevölkerung. Weitere wichtige Informationen wird ein Grünbuch "Demografie" enthalten, das die Europäische Kommission demnächst veröffentlichen wird.

Welche politischen Vorstellungen hat die Europäische Kommission bisher entwickelt?

Die Europäische Union hat seit langem Politiken, die zu einer Verbesserung der Bewältigung der demografischen Entwicklung beitragen, ins Werk gesetzt:

An erster Stelle möchte ich die Reform der sozialen Sicherungssysteme benennen. Die gemeinsamen Ziele auf dem Gebiete der Reform der Renten, verabschiedet in 2001, rufen dazu auf, die Solidarität zwischen den Generationen zu sichern, wie auch ein Gleichgewicht zwischen aktiver Bevölkerung und Rentnern aufrecht zu erhalten. Die Ausweitung der Methode der offenen Koordinierung auf das Gebiet der Gesundheit und der Langzeitpflege für alte Menschen erlaubt, diesen Ansatz weiter zu entwickeln. Die europäische Strategie zum Kampf gegen soziale Ausgrenzung enthält Ziele zum Kampf gegen die Armut von älteren Menschen.

Welche weiteren politischen Handlungsmöglichkeiten werden gegenwärtig untersucht?

Im Rahmen einer Pilotaktion, die vom Europäischen Parlament in 2004 angenommen wurde untersucht die Union gegenwärtig die

vielfältigen Auswirkungen der demografischen Alterung. Im Kontext dieser Konferenz möchte ich drei Bereiche hervorheben:

1: Auswirkungen auf den Gebieten des Konsumentenverhaltens

Die Veränderungen im Verhalten des Menschen, die mit dem Altern verbunden werden, spiegeln Veränderungen auf wirtschaftlichen, technologischen, institutionellen und gesellschaftlichen Gebieten wieder, die gleichermaßen wichtig sind. Dies gilt für die private Sphäre, aber auch für die öffentliche und soziale Sphäre des Konsumentenverhaltens. Verändert ist auch das Sparverhalten. Eine veränderte Altersstruktur bewirkt natürlich eine Veränderung in der Bereitstellung von Gütern und Diensten.

Beispielhaft möchte ich hier ein Gebiet nennen, auf dem die EU bereits tätig ist, die europäische Ausdehnung des "Design For All", nicht nur für behinderte, sondern für alle Menschen. Es geht darum, Europäische Normen zu entwickeln, die die Benutzung der Produkte besonders für ältere Menschen mit nachlassender Kraft oder Behinderungen erleichtern. Erste Normen haben die Generaldirektion Markt und die Generaldirektion Beschäftigung und Soziales bereits zusammen entwickelt.

Durch einen Vorsprung derjenigen, die zuerst die Initiative ergreifen, kann Europa gegenüber Japan und den USA Wettbewerbsvorteile erzielen. In vielen Bereichen sind Richtlinien oder freie Vereinbarungen der Industrie dabei sehr hilfreich.

2. Auswirkungen der neuen Technologien und der Informationsgesellschaft

Schnelle Entwicklungen sind in einer ganzen Reihe von Feldern aufgetreten, die mit den Bedürfnissen älterer Menschen verbunden sind. Dazu gehören Technologien zur Hauspflege, Telemedizin, unterstützende Geräte, Robotik sowie intelligente Wohnungen und Häuser. Diese Entwicklungen haben das Potential, gleichzeitig die Lebensqualität zu verbessern und die Kosten von Dienstleistungen zu verringern. Technologie und technologiebasierte Dienste bieten neue Chancen für ältere Menschen, wie Zugang zu Information und Kommunikation, verbesserte Mobilität, Unterstützung zu Hause und im Lebensumfeld, Freizeitmöglichkeiten, Pflegeunterstützung, lebenslanges Lernen. Älterwerden bedeutet häufig geringfügige mehrfache funktionale Einschränkungen aus

körperlicher und geistiger Sicht. Technologie kann dazu beitragen, diesen funktionalen Einschränkungen zu begegnen, älteren Menschen zu helfen, aktive Mitglieder der Gesellschaft zu sein, am Gemeinschaftsleben teilzunehmen, ihre Unabhängigkeit beizubehalten und ihr Potential zu verwirklichen.

Ein wichtiger Bereich gesunden Lebens im Alter stützt sich auf die Absicherung der ambulanten Pflege, die nicht nur den Bedarf an institutionalisierter Pflege verringern kann, weil sie Hauspflege ermöglicht, sondern weil diese auch Hilfen geben kann, um Pflegebedürftigkeit überhaupt zu vermeiden. So helfen z.B. einige lokale Dienstleister in Groß-Britannien bei der Vermeidung von Stürzen, besser als das NHS es könnte.

3: Auswirkungen auf den Gebieten der Lebensqualität, der Gesundheitsförderung und der Gesundheitsfürsorge

Die Auswirkungen der Alterung sind eng mit dem Gesundheitsstatus und der Gesundheitsfürsorge verbunden. Angemessene Gesundheitsförderung und Gesundheitsvorsorge, zusammen mit gezielter Gesundheitsfürsorge, können die geistige und körperliche Gesundheit verbessern und gegen Abhängigkeit im hohen Lebensalter vorsorgen und diese verringern.

Es gibt eine zunehmend stärkere Notwendigkeit, mit der Gesundheitsförderung im Alter zu beginnen und sie fortzusetzen. Gesundes Altern muss durch Initiativen angesprochen werden, die das aktive Altern fördern. Dazu gehören unter anderem eine gesunde Ernährung, körperliche Aktivität, Nichtrauchen, soziale Integration, eine geeignete Wohnsituation, verlässliche und erreichbare Verkehrsmöglichkeiten.

Für den Bereich der Arbeit Gesundheitsbedingungen auf Gemeinschaftsebene zu schaffen, hat die EU eine unmittelbare Verantwortung. Dazu gehört auch die Mitwirkung der EU auf dem Gebiet der präventiven Arbeitsbedingungen, die "Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz". Die Ausbreitung gesunder Lebensbedingungen in der Arbeit dient einer gesunden Lebenserwartung im Alter und zur Vermeidung von Frühpensionierungen infolge schlechter Arbeitsbedingungen.

Wie ist die ökonomische Bedeutung der Seniorenwirtschaft einzuschätzen?

Zweifellos enthält der Bereich der Seniorenwirtschaft ein hohes innovatives Potential, von dem neue Produkte, Verbesserungen des Produktionsprozesses und neue Beschäftigungsmöglichkeiten ausgehen können.

Auch wenn wir keine exakten statistischen Zahlen über das Wachstum und die Beschäftigung haben, die von der Seniorenwirtschaft ausgehen, erscheint es unmittelbar einleuchtend, dass dieser Sektor eine positive Auswirkung sowohl auf die Industrie, als auch den Dienstleistungssektor hat.

Neue Produkte, auch die der Seniorenwirtschaft, haben einen stabilisierenden Effekt auf die Beschäftigung in der Industrie, die nach dem Arbeitsmarktbericht 2004 der Europäischen Kommission von 1998 auf 2003 nur ein geringes Beschäftigungswachstum von 380.000 Stellen in der EU-15 aufweisen konnte. Freilich sind ihre Auswirkungen in den einzelnen Branchen enthalten und können nicht ohne weiteres herausgefiltert werden.

Vergleichsweise ebenso wenig steht fest, welche Beschäftigungswirkung die Seniorenwirtschaft auf den Dienstleistungssektor hat. In diesem Bereich sind innerhalb der EU-15 9,5 Millionen neuer Arbeitsplätze entstanden.

Sieht man von dem größten Sektor, dem Bereich der Geschäftsdienstleistungen ab, in dem 3,0 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen wurden, folgt der Sektor der sonstigen Dienstleistungen, der einen hohen Anteil von Dienstleistungen auch für ältere Menschen aufweist: Der Gesundheits- und soziale Dienstleistungssektor, der Hotel- und Restaurantsektor, sowie sonstige Dienstleistungen und Haushalte. In diesem sind zusammengenommen 2,9 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen worden.

Ich komme damit zum Schluss:

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie verfolgen mit dieser Initiative neue Wege im Umgang mit den Herausforderungen der demographischen Alterung, indem sie diese als ökonomische Chance begreifen, um die Nachfrage

älterer Menschen nach neuen oder verbesserten Produkten mit der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen in einem wachsenden Markt zu verbinden.

Auch ich bin der Auffassung, dass die Seniorenwirtschaft die Bedeutung der Sozialpolitik als produktiven Faktor deutlich macht und einen erheblichen Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung leistet.

Durch Innovationen und die Entwicklung neuer Technologien wird es außerdem möglich sein, mögliche ökonomische Probleme der Alterung zu verhindern oder zu verringern.

Vor diesem Hintergrund begrüßt die Generaldirektion Beschäftigung und Soziales die beabsichtigte Gründung eines Netzwerkes der Europäischen Regionen, in dessen Mittelpunkt die älteren Menschen und ihr spezifischer Bedarf an auf ihren Bedürfnissen und Wünschen ausgerichteten, verbesserten Produkten und Dienstleistungen steht, sehr.

Ich wünsche deshalb der Konferenz einen guten Verlauf und dem Netzwerk viel Erfolg!

Sehr geehrte Damen und Herren!

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch ein Wort unmittelbar an die älteren Menschen richten:

Wer heute von Ihnen gerade einmal sechzig Jahre alt geworden ist, hat im Durchschnitt noch gut 20 Jahre vor sich, die Sie mit einer im Vergleich zu früheren Generationen guten Versorgung und guter Gesundheit verbringen können.

Wir, d.h. die Gesellschaft und alle Generationen, können gemeinsam darauf sehr stolz sein, dass dies möglich ist. Zugleich bedeutet dies jedoch auch für Sie –oder auch mich, ja, ich zähle mich durchaus dazu-, weiterhin Verantwortung übernehmen zu können: Die Verantwortung für die Familie, Partner, Kinder und Enkelkinder, wie auch für die Gesellschaft durch Wahrnehmung vielfältigster Möglichkeiten in der Zivilgesellschaft.

Das unterscheidet die gegenwärtige Generation älterer Menschen von früheren Generationen, bei denen Alter häufig mit Armut, Krankheit und frühem Tod gleichzusetzen war.

Aus diesem Grunde verfolgt die Europäische Kommission die Konzeption des aktiven Alterns, die ältere Menschen als weiterhin aktive und wertvolle Mitglieder der Gesellschaft wertschätzt. Ich möchte an Ihre Bereitschaft appellieren, bringen Sie sich weiterhin aktiv in die Gesellschaft ein! Es lohnt sich auch für Sie unmittelbar, indem das, wie Untersuchungen zeigen, Ihre gesunden Lebensjahre erhöht!

Vielen Dank!

Eröffnungsrede / Opening Speech

Prof. Dr. Klaus Gretschmann

Generaldirektor, Europäischer Rat (Belgien)

Director General, Council of the European Union (Belgium)



Professor Dr. Klaus Gretschmann



Professor Dr. Klaus Gretschmann, geb. 1949, ist seit 2001 Generaldirektor im Sekretariat des Europäischen Ministerrats in Brüssel mit Zuständigkeiten für Binnenmarkt, Industriepolitik Informationsgesellschaft, Telekommunikation, Zölle, Energie, Forschung und Verkehr. Vorher war er im Bundeskanzleramt in Berlin als Ministerialdirektor für Wirtschaft und Finanzen sowie als persönlicher Beauftragter des Bundeskanzlers zur Vorbereitung der Weltwirtschaftsgipfel (G7/G8 Sherpa) tätig. Für den deutschen Bundeskanzler hat er u.a. den Europäischen Rats von Lissabon (2000) vorbereitet. Professor Gretschmann lehrte bis 1998 Volkswirtschaft, Finanzwissenschaft und Internationale Politische Ökonomie an der Universität zu Köln (D), am European Institute of Public Administration in Maastricht (NL) und an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule in Aachen. Längere Forschungsaufenthalte führten ihn an das Europäische Hochschul-Institut in Florenz (I), an die Johns-Hopkins Universität (USA) sowie an das Zentrum für Interdisziplinäre Forschung der Universität Bielefeld (D). Er arbeitete als Consultant u.a. für IMF, OECD, Weltbank und die World Intellectual Property Organisation. Neben 7 Büchern hat er mehr als 80 akademische Publikationen verfasst und ist Träger des Ordens „Kommandeur der französischen Ehrenlegion“.

SENIORENWIRTSCHAFT IN EUROPA

Königsweg oder Dornenweg?

**Einleitende Überlegungen
im Rahmen der Konferenz
*Seniorenwirtschaft in Europa 2005***

(es gilt das gesprochene Wort)

von

Prof. Dr. Klaus Gretschmann

**Generaldirektor
Rat der Europäischen Union
Brüssel**

Bonn , 17. Februar 2005

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
verehrte Frau Ministerin,
liebe Freunde und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

auch ich darf mich zunächst für die Einladung bedanken, im Rahmen dieses wegweisenden Kongresses zur Seniorenwirtschaft in Europa einige Gedanken beizutragen.

Die Konferenzthematik scheint mir deshalb von besonderer Bedeutung, weil sie einen **Paradigmenwechsel** impliziert: eine alternde Gesellschaft bedeutet nicht nur Lasten und Kosten, sondern auch Chancen und Möglichkeiten.

Allerdings gilt auch für die ergrauenden Gesellschaften bislang das Diktum des französischen Schriftstellers Paul Valéry: **"Wir hoffen vage, aber wir fürchten präzise"**.

In der Tat, Schriften und Studien zur demographischen Entwicklung Deutschlands und der EU zählen mittlerweile Legion. Doch leider sind sie meist auf einem Auge blind. Betont werden stets die Nachteile und Probleme, nur selten werden Potentiale und Lösungswege thematisiert. So dominierte auch bei den Teilnehmern der Sitzung "The Economic Implications of Ageing" beim diesjährigen Weltwirtschaftsforum in Davos die eher ängstliche Perspektive: Im Mittelpunkt standen die negativen Auswirkungen der „Ageing Society“ auf Steueraufkommen, Gesundheitsfürsorge, Arbeitsproduktivität, Innovationsfähigkeit und intergenerative Balance - kurzum die alternde Gesellschaft wird ausschließlich als Last begriffen. Dies findet sich auch in verschiedenen Projektionen wissenschaftlicher Provenienz. So schätzt etwa eine

Forscherguppe der EU für den Zeitraum bis 2040 den negativen Wachstumsimpuls der alternden Bevölkerung EU-weit auf bis zu 40 % des Potentialwachstums, d.h. statt durchschnittlich 2-2,3 % jährliches Wachstum würde dieses auf ca. 1,3 % absinken, Dies wäre gleichbedeutend mit einer Reduktion des BSP pro Kopf um 20 %.

Gleichwohl scheint bei kritischer Betrachtung der Annahmen ein **Perspektivenwechsel dringlich**. Lassen Sie mich, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein paar Dinge kritisch hinterfragen: Zum Beispiel die These, dass sich demographische Projektionen durch eine sehr hohe Treffsicherheit auszeichnen. Ein Blick in die letzten neun statistischen Vorausberechnungen zeigt, dass etwa das Statistische Bundesamt seine Vorhersagen zur Bevölkerungsentwicklung alle 3 bis 4 Jahre korrigieren musste und dies oftmals in einer Schwankungsbreite von 1,5 bis 4 Millionen. Auch die Schreckensvision einer grauen, schwächelnden und überalterten Gesellschaft von Greisen scheint in ihrer Radikalität fraglich: Statistiken zeigen, dass die in den letzten Dekaden gewonnenen Lebensjahre meist behinderungsfrei und mit hoher Lebensqualität verbunden sind. Menschen werden nicht nur älter, sie verbringen einen ständig wachsenden Anteil des Lebens in guter Gesundheit: So ist ein heute **60-jähriger biologisch im Schnitt 5 - 6 Jahre jünger als vor 30 Jahren**. Daher erstaunt es auch nicht, dass in einer Studie des Bundesverbands Deutscher Banken zu den demographischen Herausforderungen Deutschlands die Befragten ein Leistungsgefälle im Beruf zwischen Jungen und Alten **nicht** feststellen zu können glauben.

Auch gilt, dass noch nie in der Geschichte Ältere als eine Gruppe über so viel Geld, Einkommen und Vermögen verfügten wie heute. Das Problem besteht darin, dass sie es nicht ausgeben, sondern häufig horten oder vererben und die Erben meist selbst schon wieder Konsum-enthaltsame

Rentner sind. Nach einer Studie des Instituts für Demoskopie in Allensbach steht etwa den 50-70-jährigen heute dreimal so viel Einkommen und Vermögen zur Verfügung wie der Gruppe der 19 - 40jährigen.

EU weit wird die ***Kaufkraft der Senioren über 60 mit mehr als 30 Mrd. € monatlich kalkuliert; für Deutschland beträgt die Ziffer ca 7 Mrd. €.***

Auch ein Blick auf die Geldvermögen der Privathaushalte in Deutschland nach Altersklassen ergibt, dass die 60-70-jährigen mit 233 Mrd. € (19,6%) über ziemlich genauso viel Potential verfügen wie die unter 40-jährigen (19,1 %) und die 40-50-jährigen (19,3%).

Dass sich die Generation Grau eine Menge leisten kann, beginnen auch Marketing-Experten zu erkennen. Grauhaarige Models werben für Reisen, edlen Rotwein oder Hautpflege, Handwerker und Architekten offerieren neue barrierefreie Wohnkonzepte, Autobauer achten bei Neuwagen auf leichtere Handhabung. Extragrosse Tasten auf Handys sollen Senioren das mobile Telefonieren erleichtern. Die Kaufkraft der über 60-Jährigen ist heute gefragter denn je. ***Allerdings gilt es die Kauflust dieser Alterskohorte zu aktivieren.*** Wissen wir doch, dass die Sparquote der über-60-Jährigen bei ca. 10 %, die der unter-60-Jährigen bei etwa 6,3 % liegt. Interessant ist in diesem Zusammenhang eine neue Schätzung der Europäischen Autoindustrie, der zur Folge der Autoabsatz bei entsprechender Kundenpflege des Seniorenssegments um mehr als 5% gesteigert werden könnte.

Zugegeben, ein solcher Perspektivenwechsel kann die generellen demographischen Trends nicht leugnen.

1. Unzureichende Reproduktionsraten führen zu einem steigenden Altersabhängigkeitsquotienten. Dieser wird in der EU-25 von jetzt 24 %

(vier Aktive auf einen Rentner) bis 2015 auf 30 %, und bis 2050 auf ca. 35 % (drei Aktive auf einen Rentner) anwachsen. Die nationalen Unterschiede werden beträchtlich sein: zwischen 36 % in Skandinavien und 65 % in Italien und Deutschland.

2. Diese demographische Entwicklung impliziert ebenfalls eine Verknappung des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsangebots und führt damit zu Verwerfungen des Arbeitsmarkts und der Volkswirtschaft bereits ab ca. 2015. So werden in Deutschland im Jahr 2040 16 Millionen weniger Erwerbstätige zur Verfügung stehen.

3. Darüber hinaus, so wird argumentiert, besteht die Befürchtung, dass alternde Gesellschaften eine durchschnittliche Verschlechterung der Arbeitsqualifikationen erleiden, da Ältere in der Regel ihre Ausbildung vor längerer Zeit erworben haben und diese häufig veraltet ist.

4. Damit geht, so die Argumentation weiter, eine durchschnittlich sinkende Arbeitsproduktivität einher, die wiederum zu sinkenden Wachstumsraten, sinkendem Einkommen, sinkender privater Nachfrage und sinkenden Investitionen führen würde.

5. In diesem Schrumpfung-Szenario ist die **Mature Economy**, oder anders ausgedrückt, die Altersstagnation europäischer Volkswirtschaften unausweichlich.

Aber halt, stopp, Moment mal!!! Müssen Alte grundsätzlich weniger leistungsfähig, weniger innovationsbereit, weniger risikogeneigt und weniger dynamisch sein? Neuere Studien zeigen etwa, dass sich die Arbeitsproduktivität von Alterskohorten allenfalls marginal unterscheidet, dass biologische Alterungsprozesse und körperlicher Leistungsabbau im

Bereich der Wissensarbeit, der Facharbeiter-Fähigkeiten, des Managementwissens, durch Erfahrung und die Fähigkeit zur Lösung komplexer Probleme durchaus kompensiert werden. Der kalifornische Historiker und Philosoph Ted Roszak betont daher "experience, wisdom, compassion, and survival of the gentlest" als Merkmal der Senioren-Ökonomie.

„Ageing Societies“ sind eben **nicht** gleichbedeutend mit „Ailing Societies“. Was wir brauchen, ist eine Potentialanalyse der Seniorenwirtschaft und ein mentales Umschalten in unserer Bevölkerungs- und Seniorenpolitik. Dabei bezieht sich der Begriff Seniorenwirtschaft nicht nur auf einen Sektor der Volkswirtschaft, sondern auf umfassende Prozesse und Zustandsänderungen, die uns in den nächsten Dekaden begleiten werden – ob es uns gefällt oder nicht.

Tatsächlich sind die Älteren unser einziges Wachstumssegment - sie wachsen an Zahl und Bedeutung, aber sie sind (noch?) keine Wachstumsindustrie. Sofern wir es schaffen, dass die Märkte auf absehbare Nachfrageänderungen richtig reagieren, dass Hemmnisse - wie etwa Kreditbeschränkungen, keine Leihwagen für Ältere, fehlendes Seniorenmarketing und unzureichende Geronto-Technik - beseitigt werden, und dass die Politik den richtigen Rahmen setzt - etwa durch höhere Erwerbsbeteiligung Älterer (Beispiel: in Schweden 69 %, im EU-Durchschnitt 40 %) kann der Faktor Seniorenwirtschaft für die Europäischen Volkswirtschaften zu einer nicht unerheblichen **Wachstumsstimulanz** werden.

Wie Sie sehen, meine Damen und Herren, es gilt vorzudenken und nachzudenken zugleich.

Was nun die Europäische Union angeht, so ist sie, wie die meisten von Ihnen wissen, seit längerem mit dieser Problematik befasst. Ich verweise auf das Aktionsprogramm für Senioren 1990 - 1994, auf das „European Observatory on Ageing and Older People“ 1991 - 1993 und auf eine Vielzahl von Berichten und Statistiken aus der EU-Kommission und von *Eurobarometer*. Ich verweise des Weiteren auf die Mitteilung der Kommission an den Rat vom 18.03.2002 zur Reaktion Europas auf die Alterung der Weltbevölkerung. Zudem seien die Weltkonferenz über Altern vom 8.-12.09.2002 in Madrid, vielfältige Initiativen im Rahmen des 5. und 6. Forschungsrahmenprogramms und nicht zuletzt das von Herrn Kollegen Vignon bereits angekündigte Grünbuch zur Demographie und ihren Folgen erwähnt.

Ich stelle allerdings auch selbstkritisch fest, dass die Idee einer positiven Wendung der Silver Economy in die europäischen Wettbewerbsfähigkeitsdebatten und Modernisierungsdiskussionen - Stichwort Lissabon – bislang noch nicht Eingang gefunden hat. Ein Paradigmenwechsel scheint auch hier nötig: So könnte etwa der "Wirtschaftsfaktor Alter" in Überlegungen zu regionalen Wachstumspolen und Sektorclustern durchaus Eingang finden.

Meine Damen und Herren, Europa muss sich als dynamischer Wirtschaftsraum begreifen, der der Alterung seiner Bevölkerung Rechnung trägt und diese zugleich effizient nutzt. Erst dann wird Altern gesellschaftlich nicht mehr als Ausgliederung, Krankheit, Armut, unproduktives Mitschleppen angesehen, sondern als echtes Potential. Das erfordert, dass die - regionale, nationale und supranationale - Politik die Herausforderungen und Chancen einer Seniorenökonomie zu verstehen beginnt, dass Unternehmen anfangen sich umzuorientieren und zwar sowohl was die Altersstruktur ihrer Beschäftigten als auch was die

Nachfragepräferenzen Älterer und damit die Absatzchancen angeht, dass Verkehrsplanung, Sport und Freizeitangebote, High-Tech-Kleidung, Seniorenmärkte etc. gefördert werden.

Mit anderen Worten, es ist noch viel zu tun, und die Landesregierung hat hier die ersten mutigen Schritte gewagt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, viele werden sich jetzt fragen, handelt es sich bei der Silver Economy um das "**Abendrot des Kapitalismus**", um eine "**Reise ans Ende der Nacht**", um eine "**goldene Stagnation gesättigter Volkswirtschaften**" oder um eine "Fata Morgana von Visionären".... oder ganz einfach um einen **Wirkungszusammenhang alternder Gesellschaften, den wir bislang vernachlässigt haben und den wir uns zunutze machen können.**

Aus meiner Sicht gilt das Letztere. Aber zur Nutzbarmachung bedarf es der Aufmerksamkeit von Medien, Politik, Business und Wissenschaft, es bedarf neuer Ideen und einer Reihe von Veränderungen. Wir benötigen eine Altenpolitik, die **kompetent, konsistent** und **konsequent** gestaltet ist, die im Übrigen aber realistisch ist und nicht zu überbordenden Erwartungen – etwa bei der Schaffung von Arbeitsplätzen - neigt.

Josef Hilpert u.a. haben in einer äußerst interessanten und verdienstvollen Studie des IAT darauf hingewiesen, dass wir, makroökonomisch gesehen, mehr Informationen benötigen was die Konsequenzen der demographischen Entwicklungen für Angebot, Nachfrage und Investitionen, die Beschäftigungs-Wirkungen, die Verteilungswirkungen und die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung der Silver Economy angeht.

Mikroökonomisch müssen wir Fragen nach der Entwicklung spezifischer Güter- und Dienstleistungsangebote, ihrer Vermarktung und ihrer Vertriebswege, nach innovationsorientierten Organisationsstrukturen, aber auch nach der Weckung kaufkräftiger Nachfrage der Alten angesichts ihrer Einkommens- und Vermögenspotentiale beantworten.

Darüber hinaus benötigt die Einführung innovativer Konzepte schließlich die Unterstützung und Moderation der beteiligten Akteure, als da wären: öffentliche Verwaltung, Wohlfahrtsverbände, Wirtschaftsunternehmen, Technik und Produktentwicklung, Wissenschaft, NGOs etc. Dieses "**Framing**" muss das Zusammenspiel der Akteure berücksichtigen, um Strategien der Kooperation und Vernetzung entsprechend nutzen zu können.

Vor diesem Hintergrund wären aus meiner **persönlichen** Sicht folgende Anregungen bedenkenswert:

1. Eine abgestimmte Kampagne auf regionaler, nationaler und supranationaler Ebene für "**Economics of Active Ageing**"
2. Eine **Unternehmensinitiative und eine Forschungsoffensive** "Seniorenökonomie"
3. Eine eventuelle Förderung der Silver Economy aus Strukturfondsmitteln, um Wachstumspotentiale zu regionalen "**Wachstumspolen Altenwirtschaft**" zu amalgamieren.
4. Die Berücksichtigung nicht nur von Jugendinitiativen, sondern auch von **Seniorenwirtschaftsinitiativen im Rahmen des Lissabon-Prozesses**
5. **Best Practice** Vergleiche bezüglich einer Altenwirtschaftspolitik sowie die Einrichtung von Innovations- und Ideenbörsen
6. Eine stärkere Berücksichtigung der Seniorenwirtschaft im **Siebten Forschungsrahmenprogramm** der EU

7. **Marktpflege** im Sinne der Veränderung von Selbst- und Fremdwahrnehmung der Altenwirtschaft
8. Veränderung des Bewusstseins bezüglich der **Beschäftigungsfähigkeit und Innovationsfähigkeit Älterer** (inklusive life-long-learning)
9. Schwerpunktsetzung der Märkte auf „**high added value goods and innovation**“ (domotics, intelligent fibres, genomics, innovative transport, etc.)
10. **e-inclusion und e-accessibility für Alte** im Rahmen unserer e-Europe Initiativen. Diese könnten, wie ein neues Commission Staff Working Document vom 3.2.2004 betont, erheblich ausgeweitet werden.

Lassen Sie mich, meine sehr verehrten Damen und Herren zum Schluss kommen:

Nicht nur mehr Lebensalter, sondern mehr Leben im Alter; auf neudeutsch: "add years to your life and life to your years" muss erneut die Devise für eine Förderung der Seniorenwirtschaft sein, wie wir sie beanspruchen.

Theodor W. Adorno hat uns in den Minima Moralia als Botschaft hinterlassen: "Nur wenn das was ist zu verändern ist, ist das was ist nicht alles." Dies gilt nicht zuletzt auch für die Zukunft der Silver Economy

Ich danke Ihnen.



Senioren-Ökonomie in Europa Königsweg oder Dornenweg?

Prof. Dr. Klaus Gretschmann

Generaldirektor
Rat der Europäischen Union
Brüssel

Silver Economy in Europe 2005



These 1

Für die Seniorenökonomie gilt heute
Paul Valerys Diktum:

**„Wir hoffen vage,
aber wir fürchten präzise“**

- *Alter als Last*
- *Steuerausfälle*
- *Sozialkosten*
- *Produktivitäts- und Wachstumseinbußen (-40%; statt 2,3% künftig 1,3%)*
- *nachlassende Innovationsdynamik*

Silver Economy in Europe 2005



Schrumpfungsszenario

Wirkungskette



Silver Economy in Europe 2005



These 2

Perspektivenwechsel

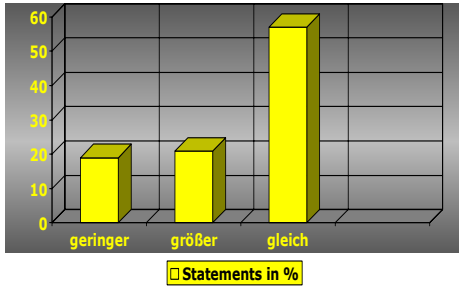


1. Demographische Prognose nicht hyperexakt
2. Längere Lebenszeit nicht Leidens- sondern Aktivzeit
3. Einkommens- und Vermögenspositionen der Älteren in der Regel sehr gut
4. Wachstumsbremsen der Seniorenökonomie lösen

Silver Economy in Europe 2005



Berufliche Leistungsfähigkeit Älterer gegenüber Jüngeren



Silver Economy in Europe 2005



These 3

Ageing Society



nicht gleich

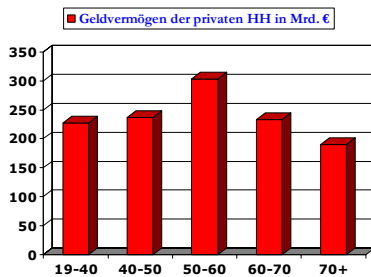


Ailing Society

Silver Economy in Europe 2005



Geldvermögen der privaten Haushalte nach Altersklassen (in Mrd. €)

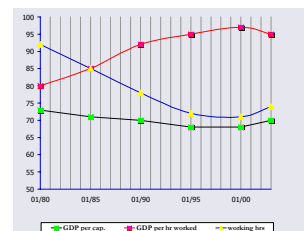


Silver Economy in Europe 2005



Arbeitszeit und Erwerbsbeteiligung

Produktivität, Arbeitsstunden und Wertschöpfung
EU relative to USA (=100)

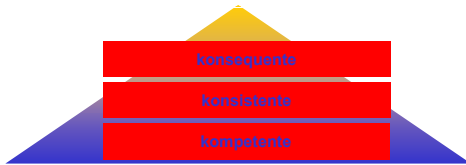


Silver Economy in Europe 2005



These 4

Wir benötigen eine



Altenpolitik,
die positive Wachstums- und Beschäftigungseffekte
stimuliert



10 Anregungen (I)

1. *Abgestimmte regionale, nationale und supranationale Entwicklung von „Economics of Active Ageing“*
2. *Unternehmensinitiative und Forschungsoffensive „Seniorenökonomie“*
3. *Förderung von Wachstumspolen „Seniorenwirtschaft“ aus Strukturfondsmitteln*
4. *Berücksichtigung der Silver Economy im Lissabon-Prozess*
5. *Vergleich von best practices, Innovations- und Ideenbörsen*



10 Anregungen (II)

6. *Seniorenwirtschaft im 7. Forschungs-Rahmenprogramm*
7. *Stärkung von Erwerbsbeteiligung und Innovationsbeitrag Älterer (life-long learning)*
8. *Altenorientierung im high-tech Marktsegment*
9. *Förderung Marktpflege und Seniorenmarketing*
10. *e-inclusion und e-accessibility für Ältere*



Ausblick

*“Nur wenn das, was ist, zu verändern ist,
ist das, was ist, nicht alles.”*

**Dieses Diktum von Th.W. Adorno gilt nicht zuletzt
auch für die Silver Economy in Europa**

Eröffnungsrede / Opening Speech

Dr. Gerhard Stahl

Generalsekretär, Ausschuss der Regionen

General Secretary, Committee of the Regions





Name	Dr. Gerhard Stahl
Current position	Ausschuss der Regionen, Generalsekretär
Biography	<p>Gerhard Stahl wurde am 2. Dezember 1950 in Ludwigsburg geboren.</p> <p>Er durchlief die Schule in seiner Heimatstadt und absolvierte ein abgeschlossenes Hochschulstudium in Wirtschaftswissenschaften an der Technischen Universität Berlin, wo er seine erste Anstellung als Assistent am Lehrstuhl für Finanzwissenschaften fand. Danach war er drei Jahre als Wirtschaftswissenschaftler beim Bundesministerium für Finanzen in Bonn beschäftigt.</p> <p>Anschließend war er erst beim Europäischen Parlament beschäftigt und im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Forschung des Landes Schleswig-Holstein tätig, bevor er dann das Amt des Direktors für europäische und internationale Angelegenheiten im Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein übernahm. In dieser Funktion waren seine besonderen Aufgabenbereiche die Vorbereitung der Bundesratsbeschlüsse zur EU-Politik und Vorhaben zur interregionalen Zusammenarbeit.</p> <p>Von 1995 bis 1999 war Herr Stahl Mitglied des Kabinetts von Dr. Monika WULF-MATHIES, für Regionalpolitik zuständiges Mitglied der Europäischen Kommission.</p> <p>Von 1999 bis 2002 war er Stellvertretender Chef des Kabinetts von Pedro Solbes, für Wirtschaft und Finanzen zuständiges Kommissionsmitglied.</p> <p>Im September 2002 wurde er Leiter der Direktion Beratende Arbeiten im Ausschuss der Regionen und am 8. Oktober 2003 geschäftsführender Generalsekretär. Seit dem 1. April 2004 ist Herr Stahl Generalsekretär des Ausschusses der Regionen.</p> <p>Herr Stahl ist Mitglied des Kuratoriums am IFO-Institut für</p>

Wirtschaftsforschung in München und Verfasser zahlreicher Veröffentlichungen zu wirtschafts-, regional- und europapolitischen Fragen. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder.

**Perspektiven der regionalen europäischen Kooperationen in der
Seniorenwirtschaft – Notwendigkeit europäisch zu handeln**
Seniorenwirtschaft in Europa 2005, Bonn 17./18. Februar

**Rede von Herrn Gerhard Stahl
Generalsekretär, Ausschuss der Regionen**

EUROPEAN UNION



Committee of the Regions

Anrede,

Es gibt wenige Dinge, die so unangemessen sind wie die permanente Debatte über die problematischen und negativen Konsequenzen der Alterung der Gesellschaft.

Im letzten Jahr wurde insbesondere in der deutschen Presse immer wieder das Bild der konservativen, innovationsfeindlichen, risikoscheuen und pflegebedürftigen Alten bemüht, die in einer „Gerontokratie“ für gesellschaftlichen und politischen Stillstand sorgen.

Ein kurzer Blick in die Geschichte zeigt, dass viele Menschen auch in älteren Jahren entscheidende Beiträge für kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt leisten können. Picasso hat noch in seinem siebzigsten und achtzigsten Lebensjahrzehnt unvergleichliche Kunstwerke geschaffen. Adenauer wurde erst mit 73 Jahren Bundeskanzler.

Der sicher einflussreichste Notenbankpräsident Alan Greenspan ist fast 79 Jahre alt. Außerdem ist es interessant darauf hinzuweisen, dass er erst im Alter von 50 Jahren seinen Doktor in Ökonomie an der New York University gemacht hat.

Was Risikofreude angeht, scheint der amerikanische Verteidigungsminister Rumsfeld mit seinen über siebzig Jahren keinesfalls jüngeren Kollegen nachzustehen.

In der öffentlichen Debatte wird sehr einseitig vor allem auf die Gefährdung der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme verwiesen. Chancen der demographischen Entwicklung werden kaum thematisiert.

Wie unterschiedlich demographische Veränderungen betrachtet werden können möchte ich an den Überschriften der Februar-Ausgaben einiger Fachzeitschriften aufzeigen. Die französische Zeitschrift "Alternative économique" hat den Titel: "Die Baby-Boom-Generation geht in Rente – Ist dies das Ende der Arbeitslosigkeit?"

Auch Phil Mullan, ein englischer Experte, betont in dem Monatsmagazin des Europäischen Parlaments: "We can afford to grow old." Er geht sogar noch weiter und erklärt: "Nicht das Altern der Gesellschaft ist ein ökonomisches und soziales Problem, sondern die Angst vor einer "aging crisis" kann dazu führen".

Eine ausschließlich negative Darstellung der demographischen Entwicklung ist falsch. Eine gestiegene Lebenserwartung bei besserer Gesundheit ist keine Last, sondern individuell und gesellschaftlich gesehen vor allem **eine sehr gute Nachricht**.

Ein Problem ist die demographische Entwicklung nur dann, wenn es uns nicht gelingt, unsere Gesellschaft, ihre Institutionen und auch unser politisches und wirtschaftliches Handeln an diese neue Realität anzupassen. Die Notwendigkeit, Anpassungsprozesse politisch zu unterstützen gilt für den Strukturwandel, der durch die Demographie verursacht wird, genauso wie für den Strukturwandel, der durch Innovation, neue Technologie und internationale Arbeitsteilung hervorgerufen wird.

Dass die nordrhein-westfälische Landesregierung die Initiative ergriffen hat, eine umfassende Diskussion über verschiedene Aspekte des demographischen Wandels zu führen mit dem Ziel, die Entwicklung positiv zu gestalten, ist für mich kein Zufall.

Seit Jahrzehnten steht NRW für eine aktive und insgesamt erfolgreiche Industrie- und Strukturpolitik. Kein anderes westliches Bundesland und nur wenige Regionen in Europa waren in den vergangenen Jahrzehnten mit einem vergleichbaren Strukturwandel konfrontiert. Der Anteil der Dienstleistungsbeschäftigten stieg z.B. im Ruhrgebiet von 1964 von 38% auf über 67%. Auch dass diese demographische Diskussion mit Blick über den Tellerrand hinaus im europäischen Zusammenhang und mit anderen Regionen geführt wird, steht in der guten Tradition nordrhein-westfälischer Politik.

Bereits bei der Umsetzung europäischer Strukturfondsprogramme hat die nordrhein-westfälische Landesregierung europäische Kompetenz bewiesen. Die Experten der Generaldirektion "Regionalpolitik" haben immer wieder bestätigt, dass das Ziel 2-Programm in NRW nicht nur eines der größten, sondern auch eines der innovativsten und erfolgreichsten europäischen Regionalprogramme ist.

Die 970 Mio Euro für die Ziel 2-Programme und die 777 Mio Euro an Ziel 3-Mitteln für die aktive Arbeitsmarktpolitik, die im Förderzeitraum 2000-2006 von der EU zur Verfügung stehen, werden gut angelegt:

Für die Modernisierung der Infrastruktur, für neue Technologien, für Unternehmensgründungen und für Qualifizierungsmaßnahmen.

Dieses strukturpolitisches know-how muss auch für die Initiative "Silver Economy" nutzbar gemacht werden.

Das ökonomische Potential, das in dieser Initiative steckt, ist offensichtlich. Die Zahlen, die das Statistische Bundesamt anlässlich dieser Konferenz für Deutschland vorgelegt hat, sprechen eine deutliche Sprache:

In Deutschland entfielen monatlich im ersten Halbjahr des Jahres 2003 fast 22% des Gesamtkonsums der privaten Haushalte auf Seniorenhaushalte. Die Haushalte mit Haupteinkommensbeziehern in den Altersklassen von 65 bis unter 70 Jahren und von 70 bis unter 80 Jahren erzielten mit jeweils 82% die höchsten Konsumquoten aller Altersgruppen.

Die Initiative "Silver Economy" zeigt aber auch, dass die Landesregierung erkannt hat, dass mit der europäischen Integration neue Formen der regionalen Interessensvertretung notwendig sind. Auch die aktive Teilnahme des NRW-Verbindungsbüros in Brüssel an Diskussionen mit anderen europäischen Regionalvertretungen im Vorfeld von Entscheidungen europäischer Institutionen und im Rahmen der Seniorenwirtschaft gehört dazu.

Globalisierung und europäische Integration führen dazu, dass der Nationalstaat mit seinen etablierten politischen Institutionen als der alleinige Träger politischer Entscheidungen an Einfluss verliert.

Es entsteht ein neues System von "multilevel governance", welches das Zusammenspiel der regionalen, nationalen und europäischen Ebenen erfordert.

Politik kann sich nicht mehr vorwiegend auf Rechtsetzung und Überwachung im nationalen Rahmen beschränken, sondern muss aktiv dazu beitragen, die Zukunft zu gestalten.

Eine neue Art von Politik ist erforderlich, bei der es darum geht, durch Eigeninitiative und durch Zusammenarbeit von öffentlichen und privaten Akteuren in einer sich verändernden Welt voneinander zu lernen und Einfluss zu nehmen.

Ein wichtiges Instrument dies zu erreichen ist auch die Zusammenarbeit unter europäischen Regionen mit gleichen Interessen.

Ich vertrete den Ausschuss der Regionen: Die europäische Institution, die als beratendes Organ in Brüssel die Interessen der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften aller Mitgliedsstaaten repräsentiert. Das Thema „demographischer Wandel“ ist bereits seit längerem auf unserer Tagesordnung. Einen Beleg dafür habe ich Ihnen in Form einer soeben von uns vorgelegten Studie über ältere Menschen im Erwerbsleben mitgebracht, die die Veranstalter freundlicherweise ausgelegt haben.

Diese Studie zeigt wie andere Untersuchungen auch, dass der demographische Wandel vor allem ein regional und lokal sehr unterschiedliches Gesicht hat.

Wir haben gehört, dass insgesamt die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in der Europäischen Union in den nächsten Jahrzehnten abnehmen wird. National, aber vor allem regional wirkt sich dies ganz unterschiedlich aus. Dabei sind die Unterschiede innerhalb der Mitgliedstaaten größer als zwischen den Mitgliedstaaten.

Während wir z.B. in Bayern einen Bevölkerungszuwachs bis 2020 von über 5% haben werden, wird Sachsen-Anhalt fast 18% seiner Bewohner verlieren. Der demographische Wandel ist daher vor allem auch eine regionalpolitische Herausforderung.

Wir werden weiterhin wirtschaftlich starke Regionen haben wie die Ballungszentren von London, Paris, Dublin, Lissabon, München etc., die Bevölkerungszuwachs verzeichnen und daher eine günstigere Altersstruktur aufweisen.

Dem stehen jedoch immer mehr Regionen mit deutlichen Bevölkerungsverlusten und einem starken Anstieg des Altersabhängigkeitsquotienten (Zahl der Personen über 65 zur Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter) gegenüber. Besonders starke Bevölkerungsrückgänge sind in einigen Regionen der neuen Beitrittsländer zu erwarten. In den baltischen Staaten werden Rückgänge von über 30% berechnet. Wie sich dies auf die Wirtschaft und die sozialen Sicherungssysteme auswirken wird, hängt von der Gesamtentwicklung ab.

Dies zeigt bereits ein nationaler Vergleich. Nehmen wir als Beispiel Italien und Schweden. Gegenwärtig ist der Altersabhängigkeitsquotient zwischen beiden Ländern ungefähr gleich. Da aber Italien eine deutlich geringere Beschäftigungsquote aufweist, kommen dort auf jeden Rentner nur zwei Erwerbstätige, während dies in Schweden über drei Erwerbstätige sind. Einfach ausgedrückt: Wenn in Italien nur 30% der Altersgruppe von 55 bis 64 arbeiten, aber in Schweden 69%, dann wirkt sich dies auf die Finanzierung des Alterungsprozesses sehr unterschiedlich aus.

Erfolgreiche Rentner, die in Mittelmeerregionen um Nizza, Marseille oder auf die Balearischen Inseln ziehen und dort Immobilien erwerben oder sich am Starnberger See oder vielleicht auch in Bad Godesberg niederlassen, können, was ihre wirtschaftliche Bedeutung angeht, nicht mit alten Menschen in ländlichen Regionen wie z.B. in der Auvergne oder in altindustriellen Krisengebieten verglichen werden.

Vor dem Hintergrund der spezifischen ökonomischen Charakteristika und Strukturen wird deutlich, dass nur eine differenzierte Betrachtung der regionalen Gegebenheiten eine wirksame Antwort zur wirtschaftspolitischen Gestaltung des Strukturwandels ermöglicht.

Interessant ist hier, dass das zeitliche Einsetzen des demographischen Wandels durchaus versetzt in verschiedenen Regionen erfolgt. Dies stellt eine grosse Chance für einen erfolgreichen regionalen Erfahrungsaustausch dar.

Die Europäische Union kann auf vielfältige Weise die Anpassung der Regionen an den demographischen Wandel erleichtern oder erschweren.

Die wirtschaftspolitischen Leitlinien, die jährlich vom Rat festgelegt und den Mitgliedstaaten als Maßstab vorgegeben werden, können stärker auf Wachstum ausgerichtet sein oder stärker auf Haushaltskonsolidierung abstellen, mit entsprechenden Belastungen für die Konjunktur.

Deshalb ist es richtig, wie die Kommission dies bei der veränderten Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes vorschlägt, Haushaltskonsolidierung vor allem in guten Zeiten einzufordern und nicht auf prozyklisches Verhalten in der Schwächephase zu bestehen.

Die Europäische Union kann im Zusammenspiel mit nationaler und regionaler Politik den einheitlichen europäischen Binnenmarkt für Waren und Dienstleistungen vollenden.

Das Stichwort ist "Lissabon-Strategie" und der Aufbau einer wettbewerbsfähigen und wissensbasierten Ökonomie. Um dies zu fördern kann die Europäische Union durch ihre strukturpolitischen Instrumente förderfähige Regionen beim Anpassungsprozess unterstützen.

In welchem Umfang dies den Regionen, die vom demographischen Wandel betroffen sind, in der neuen Förderperiode von 2007-2012 zugute kommen wird, hängt auch von den Entscheidungen zur zukünftigen Finanzausstattung der EU ab, die auf der Tagesordnung der Luxemburger Präsidentschaft stehen.

Zentrale Themen der Verordnungsentwürfe zur Strukturpolitik, die von der Kommission am 14.7.2004 beschlossen und veröffentlicht wurden, sind

- Innovation und wissensbasierte Wirtschaft
- Umwelt und Risikoprävention
- Zugänglichkeit
- Umsetzung der europ. Beschäftigungsstrategie
- Leistungen der Daseinsvorsorge

Insbesondere die Leistungen der Daseinsvorsorge und die Bedeutung von Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen für den Gemeinwohlauftrag werden oft unterschätzt.

Erlauben Sie mir daher eine etwas ausführliche Bemerkung:

Der Ausschuss der Regionen hat in seiner Stellungnahme zum „Weissbuch zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ die Sorge zum Ausdruck gebracht, dass die Anwendung der Binnenmarktregeln Vorrang vor dem gerechtfertigten Schutz der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse haben könnte. Europäische Spielregeln müssen so gestaltet sein, dass die Regionen leistungsfähige wirtschaftliche Strukturen bewahren und weiterentwickeln können. Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen von allgemeinem Interesse sind fester Bestandteil des Europäischen Gesellschaftsmodells und nicht nur sozial, sondern auch ökonomisch für die Regionen wichtig.

Im Verordnungsentwurf zum Europäischen Sozialfonds (ESF) ist der demographische Wandel sowie der Rückgang und das Altern der Arbeitskräfte sehr wohl thematisiert.

Die Verlängerung des Berufslebens und Themen wie „Lebenslanges Lernen“ spielen hier eine wichtige Rolle. Lernen kann nicht weiterhin als eine Pflicht und ein Privileg der Jungen betrachtet werden. So ist beispielsweise ein Ergebnis von Studien zur Trainingshäufigkeit älterer Menschen der OECD, dass weltweit die Inanspruchnahme älterer Menschen im Alter von 50 - 64 Jahren wesentlich niedriger ist als in der Altersgruppe zwischen 25 - 49 Jahren. Die Tatsache, dass der Abstand der beiden Altergruppen insbesondere in den USA

geringer ist als in den meisten europäischen Ländern muss uns auch in Bezug auf unsere Wettbewerbsfähigkeit zu denken geben. Die Bedeutung und Förderung „Lebenslangen Lernens“ ist vom Ausschuss der Regionen wiederholt in seinen Stellungnahmen aufgegriffen worden.

Die bisher in Europe einzigartige „Landesinitiative Seniorenwirtschaft NRW und die Gründung des „Seniorenwirtschaftsnetzwerk Europäischer Regionen ([SEN@ER](#)) sind beispielhaft dafür, wie durch eine Vernetzung von Akteuren Strukturwandel aktiv gestaltet werden kann.

Die Vielfalt der am Netzwerk beteiligten Regionen und ihre spezifischen Kompetenzen sind beeindruckend.

Ich möchte nur einige Beispiele nennen:

- Zum Thema „Independent Living“ wurde ein ortsunabhängiger Notrufdienst für Senioren auf der Basis von GSM und GPS in Andalusien, deutschen und britischen Regionen entworfen.
- Im Bereich “Gesundheitsdienstleistungen” finden sehr erfolgreich grenzüberschreitende Kooperationen zwischen den Niederlanden, Belgien und Deutschland statt.
- Im Bereich „Finanzdienstleistungen“ haben mehrere Banken flexible Angebote für die Bedürfnisse älterer Menschen im Bereich der Immobilienfinanzierung entwickelt.

Mit diesen Beispielen möchte ich Ihnen nur einen kleinen Vorgeschmack auf die Bandbreite der Möglichkeiten geben, über die wir in diesen beiden Tagen noch sehr viel mehr erfahren werden.

Das interregionale Engagement zugunsten der Seniorenwirtschaft muss durch eine flankierende europäische Politik unterstützt werden.

Es ist notwendig, sowohl regional als auch europäisch zu handeln.

Der Ausschuss der Regionen wird dies durch seine Arbeit unterstützen, sei es in den Stellungnahmen zu Vorschlägen der Kommission über Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen von allgemeinem Interesse oder bei der Diskussion über das Grünbuch zur demographischen Entwicklung der Europäischen Union oder bei den Beratungen zu den europäischen Strukturfonds und zur Finanzperspektive.

Als europäisches Sprachrohr der Regionen sind wir davon überzeugt, dass nur über den Austausch von Erfahrungen in spezifischen Kompetenzfeldern die Chancen in der „Seniorenwirtschaft“ erfolgreich genutzt werden können.

Wir haben die Initiative „Silver Economy“ daher im Ausschuss der Regionen sehr begrüßt. Sie wurde in unserer Fachkommission für Wirtschafts- und Sozialpolitik vorgestellt.

Der AdR wird auch weiterhin dem Anliegen der Seniorenwirtschaft in Brüssel eine Stimme und wo notwendig auch eine Plattform geben.

Ich bin gespannt auf die Ergebnisse der Foren und ich wünsche Ihnen und uns spannende Vorträge und lebhaftige Diskussionen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Opening Speech

**The needs and expectations of older people, from
a citizen's perspective: Why do we need to adapt
to an ageing society and workforce**

Anne-Sophie Parent

Director, AGE The European Older People's Platform



Europäische Konferenz / European Conference

Bonn, Deutschland 17.-18.02.2005



Name	Anne-Sophie Parent
Gegenwärtige Position / Current Position	Direktorin, AGE The European Older People's Platform, Brüssel (Belgien)
Biographie / Biography	<p>Anne-Sophie Parent is Director of AGE – the European Older People’s Platform since September 2002. Prior to that she was Director of Autism-Europe from October 1993 to May 1999 and played an important role in the establishment of the European Disability Forum. In May 1999 she had to resign from her position at Autism-Europe to join her husband who was sent as Ambassador of Belgium to Finland and Estonia. Ms Parent remained involved in the European NGOs as representative Autism-Europe to the Platform of European Social NGOs (Social Platform), a European organisation grouping 40 major European networks dealing with anti discrimination, social exclusion, poverty, etc. Ms Parent was elected at the Management Committee in March 2001 and in March 2003, she was elected President of the Social Platform.</p> <p>www.age-platform.org www.socialplatform.org</p>

Seniorenwirtschaft in Europa 2005 / Silver Economy in Europe 2005

Neue Produkte und Dienstleistungen – Status-Quo und Perspektiven in Europa

New Products and Services – European State-of-the-art and Perspectives

The more our society is ageing, the less goods and services are adapted to the needs of an ageing society. Employment conditions are also no longer adapted to an ageing workforce.

Design-For-All in Goods and Services

Most goods and services are designed for the middle aged healthy and mobile citizen despite the fact that older citizens compose a growing segment of our population and enjoy a relative higher disposable income. In view of this potential market, it makes sense to mainstream the needs of older citizens in the design and delivery of all goods and services. This concept of Design-For-All is based not only on the fundamental rights of older people to participate fully in all aspects of society but is also justified from an economic perspective because it increases the consumer group. There is a definite business case in promoting the development of age friendly goods and services. Some sectors (tourism, cultural activities, sport clubs, financial services, health products etc.) are aware of the huge potential market laying among older citizens, but their approach so far has been to tailor their products on the needs of this specific group, rather than develop goods and services accessible and friendly to all.

Given its huge potential impact in terms of growth and employment, the Silver Economy is an issue with an obvious European dimension (cf. Mr. Barroso's communication on Growth and Jobs). The European Union and national Member States can play an important role in encouraging the development of goods and services that will meet the future needs of our society. Efforts should be devoted at EU and national level in close cooperation with the industry and consumers' groups to promote research and development to help our market and economy meet the needs of our ageing society.

For that reason AGE is campaigning to mainstream the concept of Design-For-All in all EU policies in the field of transport, urban design, development of ICT, social and housing policies, etc. We join forces with disability organizations (EDF), consumers groups and other citizens' groups (family organizations) to press for the development of norms and standards that take account of the needs of all citizens including people with reduced mobility or special needs in the design of all products and services.

This does not preclude the development of specialized products and services to meet the specific needs and wishes of some groups of consumers, for example, older citizens. Quite the contrary, the concept of Design-For-All and the promotion of tailored made products targeting very specific groups should go hand in hand to meet the needs and expectations of an increasingly diverse society.

For example, in the field of ICT, a report¹ published by the European Commission only a few days ago states that women and the elderly are crossing the digital divide; women seem to be doing better than men now and senior citizens are getting much better at using computers and other ICT products. If this is valid for a growing number of well-off senior citizens, the report highlights as well that poverty is the major barrier preventing people to access the information society. In our view poverty and rural isolation is not the only cause to the limited use of ICT by older citizens. The main reason is the design of most ICT products and devices. Very few programmes or websites meet the Clear Print and WAI (Web

¹ http://europa.eu.int/comm/employment_social/news/2005/feb/einclusion_en.html

Seniorenwirtschaft in Europa 2005 / Silver Economy in Europe 2005

Neue Produkte und Dienstleistungen – Status-Quo und Perspektiven in Europa
New Products and Services – European State-of-the-art and Perspectives

Accessibility Initiative) guidelines. Although I am only 50, I have huge difficulties accessing the information published on many websites due to lack of contrasting colors, overloaded lay-out, etc. and I consider myself a computer freak with advanced computer skills but unfortunately as a vast majority of senior citizens I have a slight visual impairment which makes it difficult for me to access many new ICT products. When one realizes the huge opportunities that new technologies could offer not only to older citizens but to society at large, one wonders why so little efforts are spent to target the needs of the population at large. Almost all of us have some forms of impairments or another, be it sensorial, physical or even psychological. But very few product designers take those needs on board although experience has proven that products designed for people with special needs often end up being applied successfully to the general public because they meet the needs of a much wider group of consumers. Take the example of TV remote control devices which were initially designed for disabled people and are now widely used in all households including by my 9 month old grand-daughter who loves to watch cartoons and listen to music.

I think we cannot discuss the issue of Silver Economy without touching on the issue of consumer rights and consumers protection. This is in our view an important topic that needs to be researched and guidelines need to be developed to prevent any form of abuse against older people. Indeed a growing issue of concern among older citizens is their increasing vulnerability as consumers. Older people in general and in particular the dependent and frail are more and more often victims of unscrupulous vendors or companies who take advantage of their credulity to sell them products they don't need or can't use.

The important issue of risk of consumer abuse needs to be addressed and safeguards must be developed specially in view of the draft Directive on Services which proposes to create a single market for services as exists for goods. Although this draft Directive will open new opportunities for businesses to develop special services for older citizens in other member states, AGE's members hope that the draft will be amended to take on board the serious concerns expressed by various member states and citizens groups about some aspects of the directive, i.e. its scope (for the moment it applies to healthcare and long term care for the elderly) and the "country of origin principle which could lead to increasing the vulnerability of older consumers.

Active ageing

Another important aspect of the Silver Economy debate is the pressing need to increase the employment rate of older workers. This opens up a wide range of opportunities in term of products and services targeting the needs of that special age group: training needs, products and services to help them reconcile work and personal life (their needs vary from the needs of younger workers), reasonable accommodation devices to help them stay at work, etc.

If older workers are expected to work longer, this will result in an increase in the demand for eldercare facilities. New legislation is adopted in some member states, for example the APA in France which should also lead to the development of new jobs opportunities in the third sector.

Seniorenwirtschaft in Europa 2005 / Silver Economy in Europe 2005

*Neue Produkte und Dienstleistungen – Status-Quo und Perspektiven in Europa
New Products and Services – European State-of-the-art and Perspectives*

But older workers are not just potential consumers, they are also a real asset for their employers. AGE is very pleased to hear that the debate on active ageing is finally starting in France between the social partners and that in Belgium the government has also decided to tackle the issues around the end of working life (pre-retirement schemes, encouraging people to stay longer to work, etc.). Since they are, with Luxembourg, the member states with the lowest employment rate of older workers, that's good news. We hope that the EU can help develop guidelines to help member states adopt the right incentives and avoid them making mistakes which would harm this vulnerable group of workers. The industry of financial services has an important role to play to ensure that people aged 50+ are treated fairly in the reform process of our social protection systems. The best way to ensure that is to involve older citizens' groups in the debate at national and EU level.

Finally a few words to conclude

Our ultimate goal is to achieve an age friendly society where the needs of the fastest growing group of citizens, the older citizens, are taken on board in an inclusive approach to promote their active involvement in all aspects of life. Promoting the concept of Design-for-All is in our view the best way to achieve equal opportunities, equal rights and choice to all.

I thank you for your invitation and look forward to the presentations to come.